

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und der Volkstrauertag

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) versucht sich in moderater Form als eine friedensstiftende Organisation mit humanitärem Auftrag darzustellen, die sich um die Pflege der Gräber der Opfer von »Krieg und Gewaltherrschaft« kümmert.

Der 1919 gegründete und heute als gemeinnütziger Verein anerkannte sowie durch die Bundesregierung subventionierte Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. – VDK – rühmt sich damit, etwa



Waldfriedhof Halbe am 22.6.2001: Die sogenannte Versöhnungsfeier des VDK mit 4000 Gästen

1,9 Millionen Kriegsgräber auf über 806 Friedhöfen zu pflegen und verweist darauf, dass es deutsche Kriegsgräber in 100 Ländern der Erde gibt. Es wird nicht im geringsten hinterfragt, was deutsche Soldaten außerhalb ihrer Landesgrenzen in 100 Ländern überhaupt zu suchen hatten. Es besteht der berechtigte Vorwurf gegenüber dem Volksbund, er relativiere deutsche Kriegsschuld und deutsche

Kriegsverbrechen und stelle Opfer und Täter auf eine Stufe.

Der Nationalsozialismus wird als eine »unglückliche Entwicklung in Europa« bezeichnet, an der natürlich der Versailler Vertrag schuld war. Der Blick auf die über 80jährige Geschichte des VDK zeigt seine deutschnationale Ausrichtung und seine Verbundenheit mit Deutschtum und Militarismus. Exemplarisch dafür steht der Hauptinitiator der Gründung einer deutschen Kriegsgräberfürsorge Siegfried Emmo Eulen, Korporierter in der Burschenschaft Teutonia Freiburg. Von 1936 stammt folgender Ausspruch von Eulen: *»Als ich vor siebzehn Jahren den Volksbund gründete, schwebten mir die Ziele vor: die heldische Lebensauffassung im deutschen Volk wiederzuerwecken, die Ehrenstätten unserer Gefallenen in aller Welt zu Mahnmalen deutscher Art auszugestalten und die Opferbereiten zu einer Gemeinschaft im Volksbund zu sammeln.«* (Zitiert nach einem Artikel in der »Zeit« vom November 1987)

Der 1922 zum Präsidenten des VDK gewählte Pfarrer Fritz Siems gab ebenfalls

seinen Revanchegelüsten freien Lauf und äußerte sich nach der Besetzung des Rheinlandes wie folgt: *»Den Haß, den augenblicklich die deutsche Seele packt, ...den Haß gegen den Erbfeind, ...den Haß sehe ich anders. Das ist ein heiliger Haß, und wir verstehen, was das alte Testament meinte: Du sollst Deinen Freund lieben und Deinen Feind hassen, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Und ich weiß, auch ein Jesus würde sich mit blitzenden Augen auf unsere Seite stellen, auf die Seite des heiligen Hasses.«* (Zitiert nach dem Kapitel »Schattenseiten« im Jahrbuch des Volksbundes »Dienst am Menschen – Dienst am Frieden, 75 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge«)

1920 wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum »Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges« der sogenannte Volkstrauertag eingeführt, mit dem Ziel, »ein Gefallenendenkmal im Herzen des deutschen Volkes zu setzen«. Der Volkstrauertag war zuerst noch kein gesetzlich geschützter »Staatsfeiertag«. Anträge, den Volkstrauertag reichsweit festzulegen und gesetzlich zu schützen, scheiterten im Reichstag. Die erste offizielle Feierstunde im staatlichen Rahmen zum »Gedenken der Kriegstoten« gab es 1922 im Deutschen Reichstag. Ab 1926 wurde der Volkstrauertag regelmäßig am 5. Sonntag vor Ostern, Reminiscere, begangen.

Der VDK fühlt sich für die Zeit zwischen 1933 und 1945 aus heutiger Sicht nicht zuständig. Er bezieht seine Geschichte auf die Zeiträume 1919 bis 1933 und dann wieder ab 1950, dazwischen war man ab 1933 von den Nazis »gleichgeschaltet« worden. So will man sich genauso wie viele andere Verbände und Institutionen der Mitverantwortung an der NS-Zeit entziehen. Wenn man dann aber den Blick

Heldengedenken in Halbe 2003



auf den damaligen Bundesführer Emmo Eulen richtet, bekommt man eine andere Sichtweise auf die Dinge. Dieser verkündete nämlich am 30. Januar 1933 »*ehrerbietige Grüße*«, die die »*versammelten deutschen Männer und Frauen (des Volksbundes) [...] dem Führer des deutschen Volkes, dem Kämpfer für Deutschlands Ehre und Macht*« entboten und wies darauf hin, dass immer schon »*nach dem Führergrundsatz*« gearbeitet worden sei. Auch wurde der Volkstrauertag nicht unbedingt von den Nazis zum »Heldengedenktag« gemacht, sondern »*durch direkte Intervention bei Goebbels erwirkte Eulen 1934 die Umgestaltung des Volkstrauertages in den Heldengedenktag*«. Denn dieser Tag, so schrieb er, durfte »*auf die Dauer nicht ein Tag der Trauer sein sondern muß ein Tag der Erhebung werden, ein Tag des Hoffens auf das Aufgehen der blutigen Saat.*«

Ein weiteres Zitat soll das Bild des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts abrunden: »*Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bedeutet Besinnung auf Ehre und Größe der Nation, auf die heldischen Opfer und den Todesmut unserer Gefallenen [...] auf das Deutschtum überhaupt...*« so Otto Margraf 1944 als Bundesamtsführer. (Zitiert nach einem Artikel in der »Zeit« vom November 1987).

In den Jahren 1946 bis '50 darf sich der Volksbund in den unter der Kontrolle der westlichen Alliierten stehenden Zonen wieder reorganisieren und bestrebt sofort wieder die Einführung des Volkstrauertages. Neben vielen regionalen Veranstaltungen wird der Volkstrauertag 1950 erstmals mit einer Feierstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages begangen. Die großen Glaubensgemeinschaften haben in Absprache mit der Bundesregie-

rung den Sonntag zwei Wochen vor dem ersten Advent als festes Datum für den Volkstrauertag vereinbart.

Aufgrund der bisherigen Geschichte des VDK und eben auch der allgemeinen nationalsozialistischen Ausrichtung innerhalb der deutschen »Volksgemeinschaft« sind im Volksbund auch nach 1945 weiterhin extrem rechte Kreise vertreten.

Ab 1958 gibt es eine korporative Mitgliedschaft des Verbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG), was dann in den 80er Jahren Kritik in der Öffentlichkeit auslöst. Die HIAG verzichtet 1987 auf ihre Mitgliedschaft, um Schaden vom Volksbund abzuwenden. 1993 gründete die HIAG die Kriegsgräberstiftung »Wenn alle Brüder schweigen«. An der Spitze der Stiftung (Sitz: Stuttgart) stehen der Vorsitzende August Hoffmann, der stellvertretende Vorsitzende Heinz Berner und der Schatzmeister Werner Bitzer. Aufsichtsbehörde der Stiftung ist das Regierungspräsidium Stuttgart. Die Aufgabe der Stiftung ist es in erster Linie Soldatengräber im In- und Ausland, besonders unserer Truppe, zu suchen, zu sichern und die Grabanlagen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mitzuteilen. Diese rechtsextreme Kriegsgräberstiftung entsendet also Beauftragte für den Suchdienst in die Länder Osteuropas, die dort nach deutschen Soldatengräbern suchen und sie kartografieren und fotografieren. Die gesammelten Informationen werden dem Volksbund zur weiteren Auswertung übergeben. Die Stiftung unterstützt die Arbeit des VDK auch durch Spenden für die Pflege von Kriegsgräbern und Kriegsgräberstätten.

Die politische Entwicklung nach 1989 war für das deutsche Potential mit Revan-

chegelüsten quasi der Startschuss zur erneuten »Eroberung« osteuropäischer Länder. Neben den sogenannten Vertriebenenverbänden, die wieder erhebliche Gebietsansprüche im Osten stellen, setzt sich auch der VDK mit der Errichtung von deutschen Soldatenfriedhöfen in den Ländern fest, die von der faschistischen Wehrmacht im 2. Weltkrieg überfallen worden sind.

Die Arbeit des VDK wird in Osteuropa immer wieder von Protesten begleitet und das ist mehr als berechtigt. Bei Wolgograd (ehemals Stalingrad) in dem Dorf Rossoschka, das die deutsche Wehrmacht dem Erdboden gleichgemacht hatte, sollte ein zentraler Soldatenfriedhof für ca. 40.000 bis 50.000 deutsche Gefallene eingeweiht werden. Der VDK versuchte, die Zustimmung der Behörden und der Bevölkerung zu gewinnen, und renovierte die »heruntergekommene Grundschule« von Rossoschka, stattete sie mit Fernsehern, Videogeräten und Kleinrechnern aus und beschaffte einen Schulbus. Dem Dorfkrankenhaus im benachbarten Ort spendete er einen Rollstuhl und Medikamente. Für die geplante feierliche Eröffnung des Soldatenfriedhofs am 15. Mai 1999 hatte der VDK die Wolgograder Konzerthalle gebucht. Aus Deutschland sollten Bundestagspräsident Thierse (SPD) sowie 1.000 alte Kameraden und Kriegerwitwen eingeflogen werden. Die Gegner der Friedhofspläne betrachteten die Geschenke allerdings schlichtweg als »Bestechung«. Sie erklärten, die Dörfer wären niemals derart verfallen, wenn nicht die Deutschen »hier so schlimm gehaust hätten«. In der Gebietsduma wurde die Errichtung eines »grandiosen Mahnmals« für die deutschen Besatzer kritisiert: Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende fühlten sich die Deut-

Heldengedenken in Halbe 2003



Der VDK arbeitet bei seiner Betreuung des Friedhofes Halbe sehr eng mit dem Förderkreis Gedenkstätte Halbe e. V. zusammen. Dieser Verein ist ein Zusammenschluss ehemaliger Wehrmachtssoldaten und Waffen-SSler. Der Förderkreis sitzt auch im Beirat des Friedhofes Halbe. Vorsitzender des Förderkreises Gedenkstätte Halbe ist Edwin Rapp. Dieser wurde als achtzehnjähriger Soldat bei Halbe durch einen Granatsplitter am Kopf verletzt. Während Neonazis einmal im Jahr wahrnehmbar durch Halbe ziehen wollen, kümmern sich seit mehr als zehn Jahren teilweise organisierte Altnazis um ihre »toten Kameraden«. Der Förderkreis ist eine Organisation der Täter. Logisch also, dass Berichte des Vereins bzw. seiner Mitglieder in der Anfangszeit vor allem in Periodika von Altnazis zu lesen waren. Mitglieder des Förderkreises vertreten eine



Edwin Rapp

revisionistische Geschichtsschreibung. Jüngstes Beispiel für die antisemitische und revisionistische Politik des VDK ist ihr Bemühen eine deutschlandweite »Gedenkpolitik« zu etablieren, die Täter und Opfer gleichsetzt. Im September dieses Jahres hat im Rahmen dessen die Heinrich Böll Stiftung zu einer Konferenz unter dem Titel: Gemeinsam gedenken – Gegen das »Nebeneinanderhererinnern« geladen. Angesprochen waren nicht nur Organisationen wie der VDK oder andere Vereine, die sich um die Denkmäler deutscher Gefallener des 1. und 2. Weltkrieges kümmern. Teilnehmen sollten auch Förderer von Gedenkstätten wie vom KZ Dachau oder Buchenwald. Durch diesen Zusammenschluss aller Denkmäler wollte man eine Gleichsetzung der Opfer des Faschismus und der Nazis, erreichen, aber unter dem Titel »Aussöhnung«. Das bedeutet die Gleichsetzung der Opfer mit den Tätern.

schen wieder so selbstsicher, dass sie ihre gefallenen Soldaten als »unschuldige Opfer« darstellten und ihnen »marmorne Denkmäler« setzen wollten, erklärte ein Abgeordneter. Bei der Eröffnung würde »Musik zu Ehren der gefallenen deutschen Eroberer, Mörder und Gewalttäter« gespielt werden, jener Invasoren, die im Stalingrader Kessel zu Recht ein ruhmloses Ende gefunden hätten, hieß es weiter. Die Gebietsduma verabschiedete schließlich eine Verordnung, die dem deutschen Botschafter in Moskau, v. Studnitz, zugeleitet wurde: »Aufgrund der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Nato-Aggression gegen Jugoslawien«, so

beschieden die Provinzabgeordneten den Diplomaten, werde »die feierliche Eröffnung der Gräberstätte deutscher Soldaten in Rossoschka, Wolgograder Gebiet, abgesagt«.

In der Stadt Rschew an der Wolga konnte nur durch den Einsatz russischer Polizeieinheiten die Einweihung eines deutschen Soldatenfriedhofs, auf dem die Leichen deutscher Aggressoren aus der Nazizeit bestattet werden sollen, sichergestellt werden. Der Einsatz richtete sich gegen Proteste russischer Veteranenverbände gegen die Ehrung der faschistischen Angreifer. Der VDK übernahm ab

2001 die Instandsetzung und Pflege des Waldfriedhofs Halbe, dem größten Soldatenfriedhof in Deutschland. Den Ton gibt hier allerdings der Anfang 1990 gegründete »Förderkreis Gedenkstätte Halbe e.V.« (FH) an, ein Verein, der seine Wurzeln eben auch im Verband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) hatte. Der frühere FH-Geschäftsführer Horst Wilke verharmloste die Nazi-Aufmärsche Anfang der 90er in Halbe und fiel immer wieder durch antikommunistische Äußerungen auf. Der heutige 1. Vorsitzende des FH Edwin Rapp initiierte die Aufstellung einer Nachbildung des Glockenturms von Rossoschka. Auf der Spendenliste zu diesem Projekt befand sich neben Vertretern der HIAG auch der Nazi-Anwalt Horst Mahler. Zu den aktiven Unterstützern des Förderkreises gehört ebenfalls Michael Jacobi, auf dessen Anwesen im Sommer 2000 eine polizeiliche Durchsuchung stattfand. Der Grund war das Ermittlungsverfahren gegen seine Söhne wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz (SSS).

Die Arbeit des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. wird durch den vom Bundestag im Juli 2002 angenommenen Entschließungsantrag langfristig abgesichert. Alle Fraktionen äußerten sich positiv zu den Aktivitäten des Volksbundes und somit rundet sich am »Gedenken an die in beiden Weltkriegen gefallenen deutschen Soldaten« das Bild von der deutschen Volksgemeinschaft ab. Trotz der beharrlichen Behauptung des Volksbundes, »friedensstiftende Arbeit zur Aussöhnung« zu tun, stellen wir fest: Kriegsgräberfürsorge und Volkstrauertag sind Rituale für »Soldatentum und Deutschtum«. Und dagegen sollte offensiver und häufiger vorgegangen werden! ■

Heldengedenken in Halbe 2003

